

„Es wird leichter sein, es mit zwei Deutschland zu tun zu haben als mit einem... denn nach der seltsamen außenpolitischen Arithmetik sind zwei Hälften durchaus kein Ganzes. Sie machen erheblich weniger aus.“

Diese Konzeption scheiterte an dem Widerstand der Sowjetunion, die immer für ein unteilbares Deutschland eintrat und eintritt, und auf der Potsdamer Konferenz wurde die Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit vereinbart.

Mit zynischer Offenheit sprechen amerikanische und englische Zeitungen davon, daß ein einheitliches Deutschland ein zu gefährlicher Konkurrent wäre, man hätte nicht Krieg geführt, um einem solchen Konkurrenten erneut gegenüberzutreten. Das ist der typische Standpunkt von Imperialisten, die von der Sicherung ihres Maximalprofits ausgehen. Aber die Pläne der Imperialisten sind weit verhängnisvoller sowohl für das deutsche Volk als auch für die Nachbarvölker Deutschlands, denn sie wollen Westdeutschland zum Stoßtrupp gegen die demokratischen Kräfte Europas, zum Gendarmen Europas machen, der den Befehlen der USA-Imperialisten gehorcht.

Ganz Deutschland vor den Folgen einer solchen Politik zu bewahren ist die große-Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse und der Friedensbewegung. Die deutsche Großbourgeoisie hat aus reinem Klasseninteresse die Interessen der Nation für Dollar verkauft. Das Streben nach Maximalprofit, die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen des eigenen Volkes sind ihr mehr wert als die Interessen der Nation, als die Unabhängigkeit und die Souveränität des eigenen Vaterlandes. Die Arbeiterklasse dagegen hat keine Bindungen zu den ausländischen Unterdrückern. Sie hat die Kraft, durch die Organisation des Volkskampfes das doppelte Joch abzuschütteln. Darum trägt die deutsche Arbeiterklasse die Fahne der nationalen Unabhängigkeit voran, um die sich alle Patrioten sammeln werden.

Seit dem III. Parteitag haben die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, die Parteien des antifaschistisch-demokratischen Blocks und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik alles nur mögliche unternommen, um die Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage herbeizuführen. Im September 1951 ergriffen die Volkskammer und die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Initiative und forderten eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands,